

## **Arbeits- und Ausbildungsbedingungen**

1 Antragsteller: BA Mittelfranken

2

3 **A 1 Arbeitsbedingungen von Lehrkräften an GS und MS sowie von FL**  
4 **und FÖL inklusiv**

5

6 Die GEW Bayern fordert auf, die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften an GS  
7 und MS sowie von FL und FÖL durch die Senkung der Pflichtstundenzahl  
8 UND die Anhebung der Besoldung auf A13 bzw. EG 13 TD-L für diese Lehr-  
9 kräfte deutlich zu verbessern.

10 Gleichzeitig müssen die Lernbedingungen an allen Schularten verbessert  
11 werden (kleinere Lerngruppen, bessere Ausstattung, Schulsozialarbeit).

12 Dazu muss die Finanzierung dem OECD-Durchschnitt angepasst, d.h. letzt-  
13 lich verdoppelt werden.

---

1 Antragsteller: KV GAP/W-S

2

3 **A 2 Reduzierung der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in Bayern auf ein**  
4 **humanes Maß**

5 Der Landesverband der GEW setzt sich dafür ein,

- 6 - dass eine Lehrkraft - einschließlich Nachmittags-, Abend-, Wochen-  
7 end- und Vor- und Nacharbeiten in den Ferien, Organisation, Kor-  
8 rekturen, Elternarbeit, Zeugnissen, Diensten innerhalb der Schule,  
9 Lernstandskontrollen und Proben, Schülerbeobachtungen, Aufsich-  
10 ten, offiziellen und privaten Fortbildungen, Mitwirkung an Schul-  
11 entwicklung, Schulleitung und JunglehrerInnenausbildung, Schul-  
12 hausgestaltung u. a. - nur noch 40 Wochenstunden arbeiten muss,
- 13 - dass - ähnlich wie bei Kindertagesstätten oder in erfolgreichen nor-  
14 dischen Ländern üblich - eine zweite Fachkraft je Klasse angestellt  
15 wird,
- 16 - dass keine Lehrkraft gezwungen wird, bis weit über 60 Jahre unter  
17 den belastenden Bedingungen zu unterrichten,
- 18 - dass entgegen der aktuellen Regelung jemand, der auf eigene Kos-  
19 ten und mit den entsprechenden Pensionsabschlägen vorzeitig die  
20 Arbeit beenden will oder muss, sich bei seinem Partner mit kran-  
21 kenversichern kann, auch wenn dieser nicht ebenfalls Beamter ist,
- 22 - dass endlich ein verpflichtender Gesundheitsschutz für Lehrkräfte  
23 eingeführt wird, wie dies in anderen Berufen seit Jahrzehnten Stan-  
24 dard ist, aber von der CSU für den Schulbereich immer noch verhin-  
25 dert wird,
- 26 - dass die Aufsplitterung der Lehrkräfte beendet wird und eine  
27 gleichwertige Ausbildung, eine einheitliche Besoldung, ein gleiches  
28 Personalrecht und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten eingeführt wer-  
29 den
- 30 - und dass die hierarchischen bis obrigkeitsstaatlichen Strukturen,  
31 wie sie Jahrzehnte nach Einführung der Demokratie in Deutschland  
32 und Bayern im Schulsystem immer noch herrschen, durch demokra-  
33 tische Mitbestimmung der jeweils Betroffenen, also auch und be-  
34 sonders der Lehrkräfte, ersetzt werden.

1 Antragsteller: KV GAP/W-S

2

3 **A 3 Reduzieren der Arbeitsbelastung von SchulleiterInnen in Bayern**  
4 **auf ein humanes Maß**

5

6 Der Landesverband der GEW setzt sich dafür ein,

- 7 - dass sich die Schulleitungen vor Übernahme ihrer neuen Aufgaben
- 8 fundiert ausbilden können,
- 9 - dass ihre Arbeitsbelastung unter Einbeziehung aller unterrichtlichen
- 10 und dienstlichen Arbeiten - auch am Nachmittag, Abend, an Wo-
- 11 chenenden und in den Ferien - auf durchschnittlich 40 Stunden re-
- 12 duziert wird
- 13 - und dass ihnen die Möglichkeiten für den Umstieg auf Teilzeit und
- 14 den Einstieg in den Ruhestand ab 60 Jahren ermöglicht wird.

15

---

1 Antragsteller: Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe + KV GAP/W-S

2

3 **A 4 und A5 Nachhaltige Verbesserungen im Elementarbereich**

4

5 Die GEW Bayern fordert die Staatsregierung und die Kommunen auf, end-  
6 lich die notwendigen organisatorischen, materiellen und personellen Vo-  
7 raussetzungen im Elementarbereich zu schaffen, um Chancengerechtigkeit  
8 für alle Kinder herstellen und die Vorgaben der UN Behindertenrechtskon-  
9 vention umsetzen zu können. Sie fordert die Staatsregierung auf, die Min-  
10 destpersonalschlüssel und die Fachkraftquoten nachhaltig zu verbessern,  
11 stigmatisierende Antragverfahren umgehend zu beseitigen und für eine  
12 Finanzierung zu sorgen, die auch zu einer spürbaren Verbesserung der Ar-  
13beitsbedingungen führt und eine adäquate Bezahlung der Kolleginnen und  
14 Kollegen ermöglicht.

15 Der Landesverband der GEW setzt sich dafür ein, die sozialen Berufe noch  
16 qualifizierter auszubilden und durch angemessene Arbeitsbedingungen und  
17 höheren Eingruppierungen wertzuschätzen.

---

1 Antragsteller: Landestarifkommission

2

3 **A 7 Tarifpolitik der GEW Bayern**

4

5 Die Tarifpolitik wird im Sinn von § 3 und § 4 GEW-Satzung in den nächsten  
6 Jahren zu einer Schwerpunktaufgabe der GEW Bayern. Der Landesverband  
7 stellt dafür die notwendigen Ressourcen im Rahmen seiner finanziellen und  
8 personellen Möglichkeiten zur Verfügung. Die Tarifpolitik muss in allen  
9 Gremien, Fach- und Personengruppen bei entsprechenden Tagun-  
10 gen/Sitzungen den notwendigen Platz eingeräumt bekommen. Unser Ziel  
11 muss es sein, die GEW in den nächsten Jahren auch in Bayern zu einer tarif-  
12 politisch starken Gewerkschaft im Bildungsbereich zu entwickeln.

13 Dazu gehört ein umfassendes System von Vertrauensleuten in allen Bil-  
14 dungsbetrieben, in denen Mitglieder der GEW tätig sind. Mit Betriebsrats-  
15 wahlen legen wir die Grundlagen für die Durchsetzung von Haustarifverträ-  
16 gen bis hin zu Branchentarifverträgen. Unser Maßstab sind die Tarifverträge

17 des öffentlichen Dienstes. Unser Ziel ist es dabei, den tariflosen Zuständen  
18 und der Tariffucht entgegen zu wirken und den TVöD oder TV-L als Stan-  
19 dard im Bildungsbereich und im Sozial- und Erziehungsdienst durchzuset-  
20 zen, ggf. auch über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

21  
22 Unser Ziel muss es daher auch sein, die GEW im Bildungsbereich zur ent-  
23 scheidenden Gewerkschaft zu entwickeln. Was jetzt bei den Kindertages-  
24 stätten zusammen mit ver.di gelingt, muss auch an den Schulen nach dem  
25 Fallen des Streikverbots für BeamtInnen gelingen.

26  
27 Dafür kämpfen wir zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften im  
28 öffentlichen Dienst - ver.di, GdP und teilweise auch der IG-Bau.

---

1 Antragsteller: Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

2

3 **A 8 Antrag zur weiteren Entwicklung des Tarifvertrags zur Regelung**  
4 **des Mindestlohns in der Weiterbildung (Allgemeinverbindlich-**  
5 **keitserklärung)**

6

7 Die GEW Bayern spricht sich dafür aus, dass bei der weiteren Entwicklung  
8 des Tarifvertrags zur Regelung des Mindestlohns für pädagogisches Perso-  
9 nal (Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Sozialgesetzbuch  
10 SGB II und SGB III) angestrebt wird, ein Mindestentgelt auf dem Niveau des  
11 TVöD (jeweilige Stufe 3 der Tabelle) zu erreichen und den Geltungsbereich  
12 auf alle Beschäftigten (incl. der Verwaltungskräfte) in der Weiterbildung  
13 auszuweiten.

---

1 Antragsteller: Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

2

3 **A 9 Antrag zur Tariftreue**

4

5 Die GEW Bayern begrüßt die Erklärung zur Tariftreue im Koalitionsvertrag  
6 2013 der Parteien CDU, CSU und SPD:  
7 „Auf Länderebene bestehen bereits Vergabegesetze, die die Vergabe öf-  
8 fentlicher Aufträge von der Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge  
9 abhängig machen. Wir werden eine europarechtskonforme Einführung  
10 vergleichbarer Regelungen auch auf Bundesebene prüfen. Im Ergebnis dür-  
11 fen damit keine bürokratischen Hürden aufgebaut werden.“  
12 Die GEW Bayern hält aber die Beschränkung auf „allgemeinverbindliche  
13 Tarifverträge“ für nicht ausreichend, da diese wegen ihrer Allgemeinver-  
14 bindlichkeit ohnehin von jedem Arbeitgeber einzuhalten sind.  
15 Die GEW Bayern fordert ergänzend:

16

17 1. Der Bund und Körperschaften oder Unternehmen, die der Aufsicht des  
18 Bundes unterstehen oder von ihm finanziert werden, sowie die Träger der  
19 Sozialversicherung, der Arbeitsförderung und der Grundsicherung für Ar-  
20 beitssuchende, sollen Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die ihren  
21 mit der Auftragserfüllung befassten Beschäftigten mindestens Arbeitsent-  
22 gelt in Höhe der jeweils ortsüblichen Tarifverträge gewähren. Dasselbe gilt  
23 auch für Kommunen und Kommunalverbände.

24

- 25 2. Als Auftragsvergabe gilt auch die Kostenübernahme für Bildungs- und  
 26 Jugendhilfemaßnahmen zugunsten einzelner Leistungsempfänger, zum  
 27 Beispiel im Rahmen der Arbeitsförderung oder der beruflichen Rehabilitati-  
 28 on, sowie die institutionelle Förderung von Bildungseinrichtungen und Ju-  
 29 gendhilfemaßnahmen.  
 30  
 31 3. Wenn ein Auftragnehmer örtlich oder sachlich keinem Tarifvertrag zuge-  
 32 ordnet werden kann, soll das Arbeitsentgelt nach dem TVöD als Maßstab  
 33 gelten.  
 34  
 35 4. Soweit ein Auftragnehmer in Bildungsmaßnahmen auch selbständig täti-  
 36 ge Mitarbeiter/innen einsetzt, ist diesen ein Honorar zu bezahlen, das nach  
 37 Berücksichtigung der höheren Belastung durch die Beiträge zur Sozialversi-  
 38 cherung dem Gehalt eines vergleichbaren Beschäftigten bei gleicher Ar-  
 39 beitszeit bzw. Unterrichtszeit entspricht. Damit soll verhindert werden, dass  
 40 die Tariftreuepflicht durch den Einsatz von Honorarkräften umgangen wird.  
 41  
 42 5. Die GEW Bayern fordert den Freistaat Bayern auf, entsprechende Geset-  
 43 ze auch auf Landesebene zu erlassen. Dabei ist auch die Auftragsvergabe  
 44 der Kommunen (z. B. in der Jugendhilfe) und sonstigen Körperschaften des  
 45 öffentlichen Rechts unter Aufsicht des Freistaates einzubeziehen.  
 46  
 47 6. Die GEW Bayern fordert das Staatsministerium für Bildung und Kultus,  
 48 Wissenschaft und Kunst auf, die bereits bestehende Genehmigungs- und  
 49 Förderungsbedingung für Ersatzschulen zur ausreichenden Sicherung der  
 50 wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Lehrkräfte konsequent umzu-  
 51 setzen. Ersatzschulen ist die Genehmigung zu entziehen und Fördermittel  
 52 sind zurückzufordern, wenn den Lehrkräften nicht mindestens 80 v.H. des  
 53 Arbeitsentgelts gewährt wird, das eine vergleichbare Lehrkraft an staatli-  
 54 chen Schulen nach dem Tarifvertrag Länder erhalten würde.  
 55

## **Bildungs- und Schulpolitik**

- 1 Antragsteller: BA Mittelfranken  
 2  
 3 **B 3 Keine Bundeswehr an Schulen und anderen Beratungs-**  
 4 **und Bildungseinrichtungen**  
 5  
 6 **„Ein klares Nein zur Bundeswehr an Schulen, für eine gesetzlich veranker-**  
 7 **te Zivilklausel an Hochschulen, für Rüstungskonversion und gegen weitere**  
 8 **Unterstützung militärischer Aufrüstung von gewerkschaftlicher Seite!“**  
 9  
 10 1. Die LVV fordert die Aufhebung der Kooperationsverträge zwischen Bun-  
 11 deswehr und Kultusministerien. Schulen dürfen kein Ort der Nachwuchs-  
 12 gewinnung für die Bundeswehr sein.  
 13  
 14 2. Die LVV fordert eine gesetzlich verankerte Zivilklausel, „die die Hochschu-  
 15 len zwingt, ihre bestehende Rüstungsforschung und ihre finanzielle Verqui-  
 16 ckung mit Rüstungsindustrie und Bundeswehr offenzulegen, die Militarisie-

17 rung der Hochschulen zu beenden und sich für eine zivile und friedliche  
18 Forschung und Lehre einzusetzen“ (Gemeinsame Presseerklärung von GEW  
19 Bayern und ver.di Bayern vom 24.06.2013).  
20 Sie kritisiert aufs Schärfste das Unterlaufen existierender Zivilklauseln für  
21 ausschließlich zivile Forschung an deutschen Hochschulen durch Streitkräfte  
22 und Rüstungsproduzenten. Hochschulen müssen kontinuierlich über Steu-  
23 ergelder finanziell gut versorgt sein.  
24  
25 3. Die LVV bekennt sich öffentlich zur Rüstungskonversion. Die Umstellung  
26 auf zivile Produktion und Dienstleistung sichert Arbeitsplätze und schafft  
27 ohne zusätzliche Kosten neue. Dies widerspricht der Meinung, die Entwick-  
28 lung und Fertigung von Rüstungsmaterial sei gerechtfertigt, um Arbeitsplät-  
29 ze in Deutschland zu erhalten.  
30  
31 4. Der Landesvorstand vertritt diese Positionen weiterhin öffentlich und in  
32 Diskussionen mit Vertretern der Einzelgewerkschaften, in den Gremien des  
33 DGB-Bezirks Bayern und im Hauptvorstand der GEW mit Verweis auf die  
34 Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (§ 2) und die Beschlüsse  
35 „Drucksache 183“ sowie „3.46“ des letzten Gewerkschaftstages der GEW  
36 offensiv.  
37  
38 5. Bezirke und Kreisverbände werden vom Landesvorstand aufgefordert,  
39 von sich aus entsprechend aktiv zu werden, Bündnisse zu knüpfen und Ak-  
40 tionen mit Kriegsgegnern anderer Organisationen sowie der Friedensbewe-  
41 gung vor Ort durchzuführen. Der verabschiedete Antrag wird in der „DDS“  
42 veröffentlicht. Die Liste der „Öffentlichen Auftritte der Bundeswehr“ wird  
43 von der Landesgeschäftsstelle vierteljährlich per E-Mail an alle bayerischen  
44 GEW-Gliederungen versandt.  
45

---

1 Antragsteller: Fachgruppe Gymnasien

2  
3 **B 4 Stärkung von politischer Bildung**

4  
5 Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich als Landesverband  
6 und durch die einzelnen schulischen Fachgruppen dafür ein, dass keine  
7 Mitarbeiter des Verfassungsschutzes als „Experten“ für „Extremismus“ an  
8 Schulen eingesetzt werden.  
9 Sie fordert dagegen eine Stärkung von politischer Bildung, zumindest durch  
10 Ausweitung der Anzahl der Unterrichtsstunden in Sozialkunde.  
11

---

1 Antragsteller: LASS Bayern

2  
3 **B 5 Augsburger Aufruf unterstützen!**

4  
5 *Die GEW Bayern unterstützt den Augsburger Aufruf des bayerischen Bünd-*  
6 *nisses für zivile Bildung und Wissenschaft und wirkt darauf hin, auf der Seite*  
7 *www.zivilklausel-bayern.de, als Unterstützerin genannt zu werden.*  
8  
9

10 **Der Augsburger Aufruf im Wortlaut:**

11 Augsburger Aufruf: Bildung für den Frieden!

12 Wir sehen Bildung, Lehre und Forschung in der Verantwortung, einen Bei-  
13 trag zu einer friedlichen Welt zu leisten. Es ist Aufgabe von Bildung und  
14 Wissenschaft, die Ursachen von Krieg und die Bedingungen und Möglichkei-  
15 ten für Frieden zu ergründen. Letztere müssen erforscht und gelehrt wer-  
16 den. Öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen als Institu-  
17 tionen der Zivilgesellschaft erhalten bleiben; sie dürfen nicht zu Ausbil-  
18 dungs- und Zulieferungsbetrieben für Wirtschaft und Industrie verkommen.  
19 Der Einfluss des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), der Bun-  
20 deswehr, der Rüstungsindustrie und ihr nahestehenden Industrie auf Bil-  
21 dungs- und Forschungseinrichtungen stehen diesem Grundsatz entgegen  
22 und zielen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg  
23 als Mittel der Politik ab.

24 Deshalb fordern wir die Kündigung aller bestehenden Kooperationen zwi-  
25 schen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und dem Bundesministeri-  
26 ums der Verteidigung (BMVg), der Bundeswehr, der Rüstungsindustrie und  
27 ihr nahestehenden Industrie.

28 Um die hierfür notwendige Grundlage zu schaffen, fordern wir, im Sinne  
29 einer tatsächlichen Freiheit von Bildung und Wissenschaft, verpflichtende  
30 Regelungen für die Offenlegung aller Kooperationen von Bildungs- und For-  
31 schungseinrichtungen.

32 An allen Bildungs- und Forschungseinrichtungen muss eine Diskussion über  
33 die gesellschaftliche Verantwortung, die diese Institutionen tragen, ange-  
34 stoßen werden. Hierbei müssen insbesondere die Möglichkeiten, zu einer  
35 friedlichen Welt beizutragen, ausgelotet werden.

36 Wir fordern alle Bildungs- und Forschungseinrichtungen dazu auf, Selbst-  
37 verpflichtungen einzugehen, ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke  
38 zu forschen und zu lehren.

39 Augsburg, 23. November 2013

---

1 Antragsteller: KV Regensburg

2

3 **B 8 Abschaffung des Modells „Erweiterte Schulleitung“**

4

5 Die GEW Bayern setzt sich verstärkt für die Abschaffung des Modells „Er-  
6 weiterte Schulleitung“ gemäß Art. 57a BayEUG ein. Sie unterstützt Arbeits-  
7 kreise und Initiativen, die sich dies zum Ziel setzen und versucht vor allem  
8 im Kontakt mit den Landtagsabgeordneten, die arbeitsplatzbezogene und  
9 schulpolitische Brisanz dieses Projektes zu vermitteln.

---

1 Antragsteller: BA Mittelfranken

2

3 **B 9 Vergleichsarbeiten**

4

5 **Die GEW lehnt verpflichtende zentrale Vergleichs- und Orientierungsar-**  
6 **beiten ab, weil sie einer inklusiven Bildung widersprechen.**

7

8 Vergleichsarbeiten sind Folge des sog. Qualitätssicherungsprogrammes der  
9 KMK.

10 Inklusive Bildung verlangt jedoch nicht nur abfragbares Wissen, sondern die  
11 Entwicklung des Kindes zu einer selbstbestimmungsfähigen, solidaritätsfä-  
12 higen und demokratiefähigen Persönlichkeit, was individuelle Lernentwick-  
13 lung erfordert.  
14 Überprüfung, Kontrolle und Wettbewerb und damit einher gehender Druck  
15 stehen somit im Widerspruch zum inklusiven Bildungssystem.

---

1 Antragsteller: BA Mittelfranken

2

3 **B 10 Die GEW Bayern fordert das Ende der PISA-Tests**

4

5 PISA vermischt ökonomische und pädagogische Ziele. Aber die Pädagogik ist  
6 nicht dazu da, vorgegebene wirtschaftliche Ziele einer Interessensgruppe  
7 wie der OECD durchzusetzen. Ein Ziel der OECD besteht darin, wie ihre Sta-  
8 tuten sagen, „eine Politik zu fördern, die darauf gerichtet ist, in den Mit-  
9 gliedsstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirt-  
10 schaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstan-  
11 dard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizu-  
12 tragen“ Und dieser Interessensverband legt fest, was getestet wird und  
13 bedient sich zur Durchsetzung seiner Ziele der Politik und der Bildungsinsti-  
14 tutionen.

15 „Es geht um eine Standardisierung und Betonung jener Kompetenzberei-  
16 che, die für eine globale Produktion jenseits politischer Verhältnisse und  
17 unter Ausschaltung ethischer Fragen, eingefordert werden können.“ (Volker  
18 Ladenthin).

19 Die PISA-Hörigkeit der deutschen Bildungspolitik kann zwar die PISA-  
20 Ergebnisse verbessern, führt aber zu einer Verschlechterung der Bildung.  
21 Soziale, politische, musische, künstlerische und ethische Bildungsinhalte  
22 blendet PISA aus – und das, so führende Erziehungswissenschaftler, führt  
23 zur „Epochalen Verdummung“ (Volker Ladenthin in „Junge Welt“ vom  
24 10.12.2013).

25

26 Außerdem: Testresultate sind leicht manipulierbar und Testen hält vom  
27 Denken ab...

---

1 Antragsteller: Fachgruppe Gymnasien

2

3 **B 11 Kostenfreies Mittagessen an Schulen und an KiTas**

4

5 Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert die Bereitstellung  
6 kostenfreier Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen an Schulen und  
7 an KiTas. Das Mittagessen ist aus Steuermitteln zu finanzieren. Es muss zu  
8 einer gesunden und ausgewogenen Ernährung der Schülerinnen und Schü-  
9 ler beitragen.

---

## **Satzung und Organisation**

- 1 Antragsteller: Landesausschuss Interkulturelle Bildung (LIB)  
2  
3 **C 1 Satzung: „LAMP“ in „LIB“ umbenennen**  
4  
5 Der alte Name „Landesausschuss für multikulturelle Politik (LAMP)“ wird in  
6 “Landesausschuss Interkulturelle Bildung (LIB)” geändert, d.h.  
7  
8 - § 22 wird folgendermaßen geändert:  
9 „... Antragsberechtigt für die Vertreter/innen/versammlung sind ...  
10 der Landesausschuss Interkulturelle Bildung ...“  
11 - § 23, Ziffer 1 d wird folgendermaßen geändert:  
12 „Dem Landesausschuss gehören an: ...  
13 d) die Vorsitzenden ... des Landesausschusses Interkulturelle  
14 Bildung ... bzw. deren Stellvertreter/innen.
- 

- 1 Antragsteller: KV Fürth  
2  
3 **C 6 Bekanntmachung von GEW-Themen durch Internetpetitionen**  
4  
5 Die GEW Bayern bemüht sich, geeignete politische Themen im Allgemeinen  
6 und bildungspolitische Themen im Besonderen einer breiteren Masse in der  
7 Bevölkerung näher zu bringen.  
8 Ein geeignetes Medium hierfür könnten Internetpetitionen (z. B. von chan-  
9 ge.org oder campact) sein.
- 

- 1 Antragsteller: Wilhelm Altmann und weitere 44 Delegierte  
2  
3 **Dringlichkeitsantrag DA1**  
4  
5 Der / die Schatzmeister/in legt zur eintägigen LVV einen beschlussfähigen  
6 Haushaltsplan für 2015/2016 vor.



## Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik

1 Antragsteller: BV Mittelfranken

2

3 **D 1 Die GEW befürwortet das allumfassende Streikrecht im Sinne des**  
 4 **Politischen Streiks**

5

6 Die GEW Bayern befürwortet das allumfassende Streikrecht im Sinne des  
 7 Politischen Streiks und stellt einen entsprechenden satzungsändernden  
 8 Antrag an den Hauptvorstand der GEW. Sie setzt damit einen Aufruf des  
 9 Gewerkschaftstags 2013 um. Dieses Recht folgt aus Artikel 6 Absatz 4 der  
 10 Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta sowie den Übereinkom-  
 11 men 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internati-  
 12 onalen Arbeitsorganisation (ILO).

---

1 Antragsteller: SV München

2

3 **D 2 Zur Friedensfrage**

4

5 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges,  
 6 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges,  
 7 ein Jahrhundert nach dem fatalen Scheitern der gewerkschaftlichen und  
 8 politischen Arbeiterbewegung in der Friedensfrage  
 9 muss sich die Gewerkschaftsbewegung in diesem Lande die Frage stellen,  
 10 ob die richtigen Schlüsse gezogen wurden. Wir meinen: Nein.

11 ■ Im Rahmen ihrer Ablehnung der Privatisierung von Hochschulen über  
 12 Drittmittelwirtschaft aber auch aufgrund ihrer Haltung gegen die zu-  
 13 nehmende Militarisierung fordert die GEW Bayern den sofortigen  
 14 Stopp von Forschungsaufträgen an zivile Hochschulen, die direkt oder  
 15 über so genannte Dual-Use-Eigenschaften militärischen Zwecken die-  
 16 nen können, seien die AuftraggeberInnen ausländische oder nationale  
 17 Einrichtungen!

18 ■ Keine Zusammenarbeit und Verschmelzung von Polizei und Geheim-  
 19 diensten. Dazu gehören die Gründung einer Bundespolizei mit präven-  
 20 tiven Befugnissen, das BKA-Gesetz, das unter anderem heimliche Film-  
 21 aufnahmen in Wohnungen und Online-Durchsuchungen vorsieht, die  
 22 enge Kooperation von Geheimdiensten und Polizei im so genannten  
 23 Gemeinsamen Terror-Abwehrzentrum in Berlin, der obligatorische Fin-  
 24 gerabdruck im Reisepass, die Bundes-Abhörzentrale in Köln, die Inter-  
 25 net-Zensur, die Antiterrordatei usw.

26 ■ keine Unterstellung der Sanitätsdienste, der Feuerwehr, Hilfsorganisa-  
 27 tionen etc. unter Militärkommando im Rahmen der Zivil-Militärischen-  
 28 Zusammenarbeit

29 ■ Aufklärung über die tatsächlichen Fluchtursachen, Hilfestellung und ei-  
 30 ne menschenwürdige Unterbringung statt der Flüchtlingsabwehr und -  
 31 Bekämpfung (z.B. durch Frontex und Eurosur).

- 32 ■ Die GEW Bayern setzt sich für die ersatzlose Aufkündigung von Koope-  
33 rationen zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium sowie  
34 für Zivilklauseln an Hochschulen, anderen wissenschaftlichen Einrich-  
35 tungen und in Hochschulgesetzen ein. (siehe auch Gewerkschaftstag  
36 2013, Beschluss Drucksache 183).
- 37 ■ Die GEW Bayern bekräftigt wie schon 2011 frühere Beschlüsse und Er-  
38 klärungen in Sachen Friedenserziehung, Friedenspolitik und speziell zu  
39 so genannten "humanitären" kriegerischen Interventionen (z.B. Ge-  
40 werkschaftstagsbeschluss 2001, 1-4, Erklärung des Landesvorstandes  
41 vom 13. Oktober 2001)
- 42 ■ Die GEW Bayern setzt bei der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in den  
43 kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Themen, die sich mit den  
44 verschiedenen Krisenerscheinungen und deren Ursachen beschäftigen.  
45 Sie kooperiert dabei mit dem DGB-Bildungswerk.

---

1 Antragsteller: KV Regensburg

2

3 **D 3 Transatlantisches Freihandelsabkommen verhindern!**

4

5 Die GEW Bayern unterstützt die entsprechende Initiative des Umweltinsti-  
6 tuts München und tritt als Unterstützerin auf; sie leistet den Mitgliedsbei-  
7 trag und informiert die eigenen Mitglieder über den Themenbereich, im  
8 Besonderen zu den Auswirkungen auf den Bildungsbereich (z.B. weitere  
9 Privatisierungen, Aufhebung der Buchpreisbindung, Neuordnung des Urhe-  
10 berrechts).

11

12 Wir wollen:

- 13 - die mühsam erkämpften europäischen Standards für Verbraucher-  
14 schutz und Gesundheit erhalten
- 15 - eine kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft erhalten und  
16 schützen
- 17 - Klima- und Umweltschutzaufgaben sowie das Vorsorge- und Verur-  
18 sacherprinzip in Europa und in Deutschland aufrechterhalten
- 19 - Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie Trinkwasserversorgung  
20 oder Bildung in demokratisch legitimer öffentlicher Hand belas-  
21 sen
- 22 - unser Grundgesetz und Rechtssystem vor intransparenten Schieds-  
23 gerichten ohne Berufung oder Revision und demokratische Kontrol-  
24 le schützen.

25

26 Deshalb wollen wir diese gravierenden Eingriffe für Verbraucher und Kon-  
27 sumenten verhindern und fordern daher einen STOPP der Freihandels-  
28 Verhandlungen!“

1 Antragsteller: BV Unterfranken

2

3 **D 4 Weg mit der Knute der Troika!**

4 **Aktive Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen**

5 **in den so genannten Krisen-Staaten!**

6

7

8 Die GEW Bayern beobachtet mit Sorge die gesellschaftlichen Entwicklungen  
9 in Ländern wie Spanien, Portugal, Irland, besonders aber im am härtesten  
10 betroffenen Griechenland.

11 Sie bekräftigt ihren Beschluss aus dem Jahre 2012 „Schluss mit den Ret-  
12 tungsschirmen“. Große inhaltliche Anteile davon sind in den Gewerk-  
13 schaftstagsbeschluss 1.1. „Schuldenbremse, Fiskalpakt und Spar-  
14 /Kürzungspolitik“ eingegangen. Um ihn umzusetzen appelliert die GEW  
15 Bayern erneut an alle gewerkschaftlichen Kräfte, sich weniger von Euro-  
16 Rettung und den betrieblichen Export- und Standortinteressen in den jewei-  
17 ligen Branchen leiten zu lassen, als vielmehr die Interessen der abhängig  
18 Beschäftigten in den Ländern und ihre Lebenslagen in den Mittelpunkt ihres  
19 politischen Wirkens zu stellen. Die Gewerkschaften müssen sich im nationa-  
20 len wie internationalen Rahmen deutlicher als bisher und entschieden der  
21 Knute des Troika-Regimes entgegen stellen, deren Wucht maßgeblich von  
22 der deutschen Bundesregierung getrieben wurde und wird.

23 Die GEW Bayern steht solidarisch auf der Seite der griechischen, irischen,  
24 portugiesischen und spanischen Kolleginnen und Kollegen und möchte sie  
25 in ihrem Kampf gegen geplante Entlassungen und gegen die mit zunehmen-  
26 der Arbeitsverdichtung und sinkendem Lebensstandard verbundenen Kür-  
27 zungsmaßnahmen bestärken.

28 Mit besonderer Sorge sieht die GEW Bayern die Kürzungen im Bildungsbe-  
29 reich der jeweiligen Staaten und warnt vor einem Modell der „Billigen Schu-  
30 le“. Ein gutes Mittel, diesem eine beispielhafte Absage zu erteilen, sieht die  
31 GEW Bayern darin, die Umkehr in der bisherigen Unterfinanzierung des  
32 deutschen Bildungssektors zu forcieren.

33 Im Erfahrungsaustausch mit griechischen oder portugiesischen Kolleginnen  
34 und Kollegen sieht die GEW Bayern keine Einbahnstraße und ist bestrebt,  
35 Gelegenheiten für Begegnungen der aktiven Solidarität zu schaffen, mög-  
36 lichst auch im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.